

Pressemitteilung

Kampagne „100% Schule braucht 80% Förderung“

Politische Forderungen der Arbeitsgemeinschaft Freie Schulen Baden-Württemberg (AGFS)

1. Die AGFS fordert einen verbindlichen Stufenplan, um für alle Schularten eine mindestens 80%ige Förderung zu erreichen. Die AGFS fordert eine Refinanzierung von mindestens 80% der Kosten eines Schülers an einer staatlichen Schule. Bereits 2006 hatte das Land in der Koalitionsvereinbarung den Schulen in freier Trägerschaft zugesichert, die finanzielle Förderung im Laufe der Legislaturperiode auf 80% der Kosten eines staatlichen Schülers stufenweise anzuheben. Heute sind wir weiter als 2006 davon entfernt! Die AGFS fordert endlich einen verbindlichen und verlässlichen Stufenplan mit konkreten Prozentzahlen und Terminen für die nächste Legislaturperiode.
2. Die AGFS fordert, einen Deckungsgrad von mindestens 80% verbindlich im Privatschulgesetz zu verankern. Die AGFS fordert, das Privatschulgesetz so zu ändern, dass eine 80%-Refinanzierung in Zukunft automatisch und dauerhaft erfolgt und erneute Gesetzesänderungen überflüssig werden. Um eine zeitnahe Anpassung an die Kostenentwicklung zu ermöglichen, ist es notwendig, den Berechnungszeitraum von drei Jahren auf ein Jahr zu verringern.
3. Die AGFS fordert, dass bei strukturellen Veränderungen im staatlichen Schulsystem, die auch finanzielle Mehrausgaben mit sich bringen, ein entsprechender Anteil für die Anhebung der Kopfsätze bei den freien Schulen berücksichtigt und im Haushalt eingestellt wird.
4. Die AGFS fordert die Aufnahme der Ganztagschulen in das Schulgesetz und damit die Förderung als Ersatzschule.
5. Die AGFS fordert verbindliche finanzielle Regelungen für inklusiv arbeitende Schulen in freier Trägerschaft.

Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen

Baden-Württemberg

6. Die AGFS fordert bei einer Beibehaltung der 3jährigen Wartefrist eine Nachzahlung für diese drei Jahre für die Schulen, die diese Wartefrist erfolgreich absolvieren.
7. Die AGFS fordert eine Stärkung der schulischen Berufsausbildung gegenüber dem dualen System.
8. Die AGFS fordert die Chancengleichheit freier Anbieter beruflicher Fort- und Weiterbildung in Bezug auf staatlich und kommunal subventionierte Träger.
9. Die AGFS fordert eine Neuregelung der Schulbaufinanzierung im Hinblick auf eine zeitnahe Auszahlung der Staatszuschüsse bei Baumaßnahmen. Die Streckung der Zuschusszahlungen auf 10 Jahre verschleiert die wirkliche finanzielle Unterstützung erheblich.
10. Die AGFS fordert, dass insbesondere der Haushaltsansatz für die Förderung des Sportstättenbaus deutlich angehoben und der jahrzehntelange Antragsstau abgebaut werden muss.

Über die Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen Baden-Württemberg (AGFS):

In der AGFS arbeiten Verbände von Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft (Privatschulen) zusammen. Die AGFS vertritt rund 640 allgemein und berufsbildende Ersatzschulen - einschließlich Sonderschulen - mit ca. 120.000 Schülern. Hinzu kommen rund 500 Ergänzungsschulen, die keine staatliche Entsprechung haben. Die AGFS bündelt die Interessen aller privaten Bildungseinrichtungen - sie erarbeitet Grundsätze und Ziele für das freie Bildungswesen und ist Ansprechpartnerin für Politik, Regierung und Schulaufsicht.

Zur AGFS Baden-Württemberg gehören der Evangelische Schulbund in Südwestdeutschland e.V., das Evangelische Schulwerk in Württemberg, die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Waldorfschulen in Baden-Württemberg e.V., die Schulstiftung der Erzdiözese Freiburg, die Stiftung Katholische Freie Schule der Diözese Rottenburg-Stuttgart, der Verband Deutscher Privatschulen Baden-Württemberg e.V. und die Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime e.V.

Weitere Informationen zur AGFS Baden-Württemberg und zur „Bildungsvielfalt2011“ finden Sie unter www.agfs-bw.info und www.bildungsvielfalt2011.de. Für Rückfragen stehen wir Ihnen auch gerne persönlich zur Verfügung:

Ansprechpartner: Andreas Büchler
Telefon: 07221 / 3559-423
Email: A.Buechler@paedagogium-baden-baden.de